

Monitoring Mai/Juni 2009: zur Beschäftigungssituation, Konjunktorentwicklung und Handlungsbedingungen des Paktes unter den Bedingungen der Krise

Kurzinformation für die Partner des Beschäftigungspaktes „Perspektive 50 plus Elbe-Elster, Wittenberg und Dessau-Roßlau“ von Dr. Frank Thomas Koch

Inhalt

I. Deutschlandtrends	2
Die Krise hat die <i>Wirtschaft</i> der Bundesrepublik Deutschland voll erfasst.....	2
Graduell unterschiedliche Betroffenheit von West- und Ostdeutschland...	2
Wirtschaftskrise und Krisenbewusstsein in der Gesellschaft.....	4
Paktrelevante Diskurse zur Wirtschaftskrise	5
Der Arbeitsmarkt reagiert mit Verzögerung von etwa 6 Monaten auf die Krise	6
Keine Trendwende am Arbeitsmarkt im Mai 2009	8
Die Krise verringert Jobchancen, insbesondere für Langzeitarbeitslose und damit auch die Erfolgsquote des Paktes.....	8
Die Konjunkturpakete <i>als Handlungsbedingung des Pakts betrachtet</i> , lassen sich gegenwärtig noch nicht in ihren Wirkungen abschätzen.	9
Verschuldung der öffentlichen Haushalte, sinkendes Steueraufkommen, steigende Abgaben als negative Handlungsbedingung des Paktes	10
Ist der soziale Frieden in Gefahr, droht im Fortgang der Krise sozialer Aufruhr?	10
II. Trends in der Paktregion Elbe-Elster/Wittenberg/Dessau-Roßlau	11
Datenlage.....	11
Konjunkturentwicklung: Die Krise hat die Paktregion erreicht.....	12
Region Südbrandenburg mit Elbe-Elster	12
Der „mitteldeutsche“ Raum mit Wittenberg und Dessau-Roßlau.....	13
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung in der Paktregion.....	16
Arbeitslosigkeit in der Paktregion nach Rechtskreisen: drei Muster im SGB III-Bereich, zwei im Rechtskreis des SGB II.....	17
Tendenzen des regionalen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Diskurses und zur Wirksamkeit der Konjunkturpakete I und II in der Paktregion.....	20
III. Fazit. Anregungen, Konsequenzen für die Arbeit im Beschäftigungspakt.....	25

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Situationseinschätzung für den Zeitraum Mai und Juni 2009 wird von der wissenschaftlichen Begleitung das Monitoring der Handlungs- und Rahmenbedingungen des Beschäftigungspaktes 50plus Elbe-Elster, Wittenberg, Dessau-Roßlau fortgesetzt.

Die Information gliedert sich in drei Teile: 1. Deutschlandtrends; 2. Trends in der Paktregion; 3. Anregungen, Konsequenzen für die Arbeit im Beschäftigungspakt.

I. Deutschlandtrends

Die Krise hat die *Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland* voll erfasst

Indikatoren dafür sind etwa der Geschäftsklimaindex (Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und der Geschäftserwartungen); Angaben zum Export und zu den Exporterwartungen, zur Investitionsneigung und zur Beschäftigungsentwicklung allgemein sowie für verschiedene Branchen.

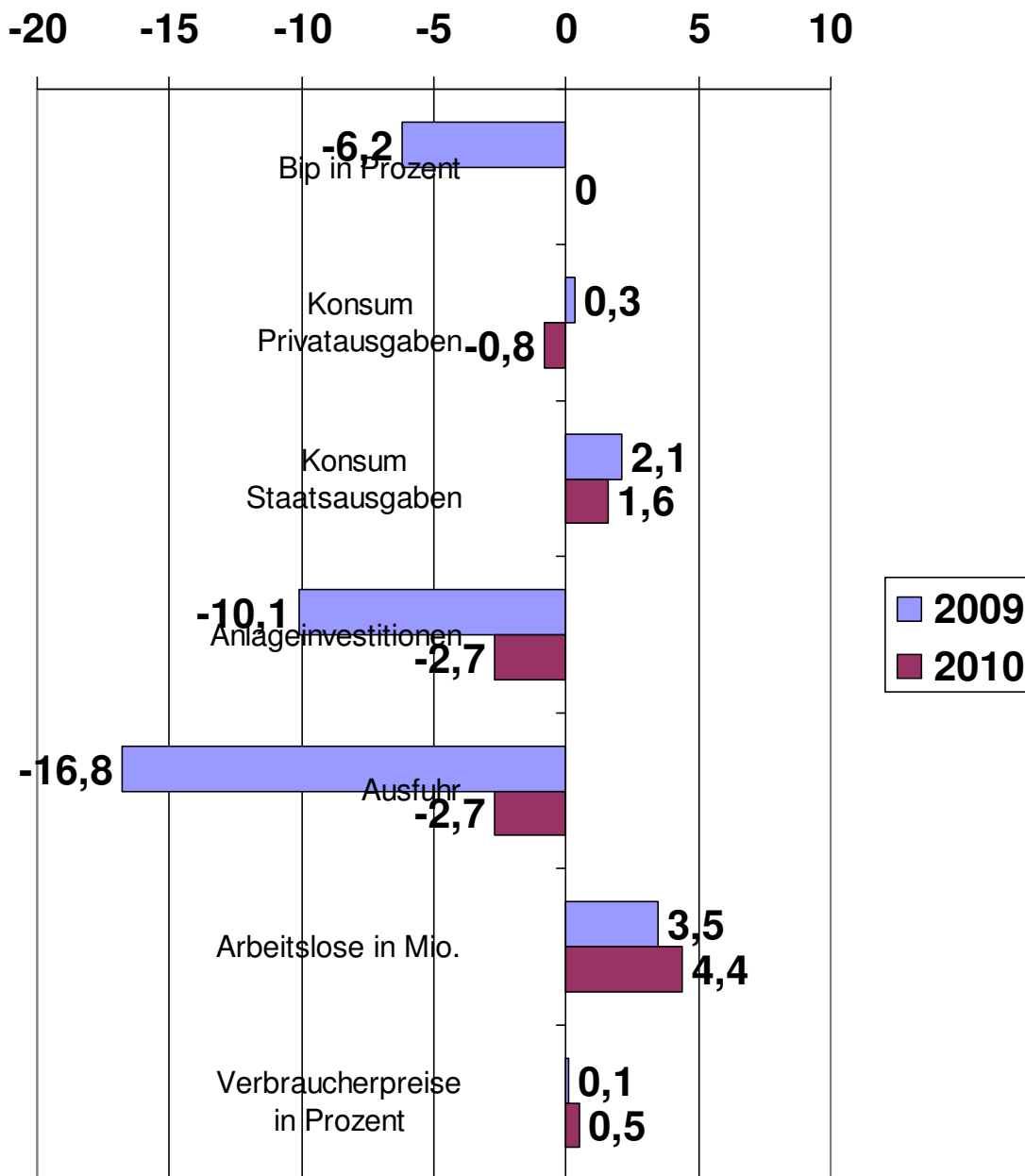
Nach den führenden Wirtschaftsinstituten rechnete im April 2009 auch die Bundesregierung damit, dass die deutsche Wirtschaft in 2009 um sechs Prozent schrumpft. Das wäre der stärkste Einbruch seit Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949.

Graduell unterschiedliche Betroffenheit von West- und Ostdeutschland

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Tiefensee, geht davon aus, dass im Bundesgebiet West ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in 2009 um 6 Prozent, im Bundesgebiet Ost um 5 Prozent zu erwarten sei. Die bislang etwas geringere Krisenanfälligkeit der ostdeutschen Wirtschaft wird vor allem auf drei Faktoren zurückgeführt – ihre geringe Abhängigkeit vom Export (Exportquote Ost = 33%, Exportquote West fast 46 %), den höheren Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen, die flexibler reagieren könnten als große Tanker. Stabilisierend wirken sich drittens die zahlreichen Förderprogramme im Rahmen des Solidarpakts II sowie der höhere Anteil der Transferleistungen an der Gesamtnachfrage in Ostdeutschland aus (Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009 vom 10. Juni 2009, S. 13).

Anfang Juni 2009 legte die Bundesbank ihre Konjunkturprognose vor, die noch einmal Werte korrigierte.

Abbildung 1 Bundesbankprognose vom 04.06.2009



Quelle: Bundesbank, zit. n. Berliner Zeitung vom 6./7. Juno 2009

Nach Angaben des Kreditversicherers Euler Hermes wird die **Zahl der Firmenpleiten** in Deutschland spürbar ansteigen: in 2009 würden etwa 35 000 Firmen in die Insolvenz gehen (+ 20%) und in 2010 38 900 Unternehmen. Mit einem Anstieg der Insolvenzen um 45% werde die Industrie in diesem Jahr am härtesten betroffen, gefolgt von den Dienstleistern (22,5%) und dem Handel (12,6%) (Berliner Zeitung vom 05.06.2009, S. 10).

Die Krise wirkt sich auf dem Lehrstellenmarkt Deutschlands als **starker Rückgang bei den Lehrstellen** aus. Bis Ende Mai 2009 wurden bei den Industrie- und Handelskammern 5,7 Prozent weniger Lehrstellen abgeschlossen als im Vorjahr. Im Handwerk ging die Zahl der neuen Ausbildungsverträge um fast 10 Prozent zurück (Berliner Zeitung vom 6./7. Juno 2009).

Die tendenziell unterschiedliche Betroffenheit von Ost- und Westdeutschland in der Krise zeigt sich u.a. bei den **Arbeitsmarktdaten** von Ende Mai 2009 (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Arbeitsmarkt im Mai 2009 in den Regionen Westdeutschland und Ostdeutschland

Merkmal	Region Westdeutschland		Region Ostdeutschland	
	Mai 2009	Veränderung zum Vormonat/Stand Vormonat	Mai 2009	Veränderung zum Vormonat/Stand Vormonat
Arbeitslosigkeit insgesamt	2.333.818	+193.960	1.124.210	-19.166
Arbeitslose im SGB III-Bereich	827.067	+ 233.456	324.735	+ 5.935
Arbeitslose im SGB II-Bereich	1.461.751	- 29.496	799.475	- 25.101
Arbeitslosenquote insgesamt	6,9%	6,4%	13,3%	13,4%
Arbeitslosenquote im SGB III-Bereich	2,6%	1,9%	3,8%	3,7%
Arbeitslosenquote im SGB II-Bereich	4,4%	4,5%	9,4%	9,7%
Gemeldete Stellen	371.351	- 90.571	118.823	+ 1.565

Quelle: Statistiken der BA unter <http://statistik.arbeitsamt.de> (03.06.09)

Im Bundesgebiet West ist die Arbeitslosigkeit im Mai gegenüber dem Vormonat insgesamt deutlich gestiegen, im Bundesgebiet Ost war sie leicht rückläufig. Bei den Arbeitslosen im Bereich des SGB III stieg die Zahl der Betroffenen im Westen kräftig, im Osten verhalten. In Ost und West ist hingegen die Zahl der Arbeitslosen im SGB II-Bereich gesunken. Bei den gemeldeten Stellen gab es im Westen einen kräftigen Rückgang, im Osten einen minimalen Zuwachs.

Wirtschaftskrise und Krisenbewusstsein in der Gesellschaft

Mit Verzögerung und gebrochen wird *die Gesellschaft* der Bundesrepublik von einem Krisenbewusstsein erfasst. Es verändern sich unter dem Einfluss der Krise Einstellungen.

Nach einer repräsentativen Umfrage von Forsa im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums, die am 25. Mai 2009 veröffentlicht wurde,

- wünschen sich die befragten Bundesbürger mehr staatlichen Schutz vor „ungezügelmtem Unternehmertum“;
- Drei Viertel befürworten die Verstaatlichung von wichtigen Banken und Unternehmen;
- 57% wollen, dass der Staat wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen unterstürzt;
- Zwei Drittel sehen auch Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet, aber nur ein Fünftel der Befragten erwartet das für den eigenen Job;
- Mehr als 80% der 1005 Befragten gehen davon aus, dass sich die Krise auch auf Deutschland stark oder sehr stark auswirken werde. Für die eigene Lebenssituation erwartet das jedoch nur ein Drittel;
- Wegen der Krise achtet die Hälfte stärker auf Preise und Sonderangebote. Ein Drittel gab an auf Urlaubsreisen zu verzichten oder weniger auszugeben sowie Möbel- und Autokauf zu verschieben. 37 Prozent haben nach eigenen Angaben ihren Lebensstil nicht verändert.

Paktrelevante Diskurse zur Wirtschaftskrise

Strittig ist erstens, ob die Talsohle der Wirtschafts- und Finanzkrise bereits erreicht wurde oder ob wir uns erst noch auf sie zu bewegen.

Manche Wirtschaftswissenschaftler und Institute, die sich bislang noch nie mit Ratschlägen, Prognosen und wirtschaftspolitischen Forderungen zurückgehalten haben, trauen sich gegenwärtig nicht mehr an Prognosen heran. Denn die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch eine Krise des neoliberalen Mainstreams der Wirtschaftswissenschaften und Beratungsinstitute. Und es gibt ernst gemeinte Vorschläge, einschlägige Einrichtungen und Beratungsinstitute zu schließen, weil sie nicht ganz zu Unrecht als Teil des Problems und nicht der Lösung wahrgenommen werden. Dazu wird es wohl nicht kommen. Andere Wirtschaftsexperten sehen in dieser oder jener positiven Entwicklung (etwa den Arbeitsmarktzahlen vom Mai 2009 oder im leichten Wachstum von Exportaufträgen oder Bewegungen beim Deutschen Aktienindex) schon Licht am Ende des Tunnels. Die Europäische Zentralbank und die Bundesbank rechnen indes erst ab Mitte 2010 wieder mit Wachstum.

Thomas Heilmann, Berliner CDU-Politiker mit unternehmerischem Hintergrund, nimmt an, dass die Wirtschaftskrise noch ein, zwei Jahren anhalten wird. Es werde aber sicher vier oder fünf Jahre dauern, ehe die schwerwiegenden Folgen für das Bruttoinlandsprodukt, die Steuereinnahmen und die Haushalte überstanden sein würden. *(Aus der Sicht des Berichterstatters erscheint diese Position plausibel.)*

Ein zweiter Streitpunkt betrifft die Frage wie die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft zu bewerten sei und die Lohnentwicklung in den letzten 15 Jahren. Heiner Flassbeck (vgl. derselbe: *Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert*, Frankfurt am Main 2009) diagnostiziert, dass Deutschland in der Krise besonders schlecht dastehe, weil 15 Jahren Lohndrückerei die Binnennachfrage ruiniert habe. Die Propheten des Marktes verkündeten (und verkünden auch gegenwärtig) stets, dass die Lohnkosten zu hoch seien. Ihr Argument sei indes unlogisch, weil ein Land mit zu hohen Lohnkosten niemals und noch dazu so lange Exportweltmeister hätte werden können. Nach Flassbeck sind die Löhne zu niedrig, um das Exportwachstum durch Binnennachfrage und -konjunktur zu unterstützen. Sogar der Chefdenker des Neoliberalismus zwischen Rhein und Oder, Hans-Werner Sinn, revidierte seine jahrelang verkündeten Ansichten und meint nun, Deutschlands Binnenkonsum sei zu schwach. Von Flassbeck wird zudem die Exportweltmeisterschaft der Bundesrepublik als solche kritisch reflektiert.

Ein dritter Punkt der Auseinandersetzung ist die Frage, ob der Staat in der Krise mit mehr oder weniger (neoliberal inspirierter) Ordnungspolitik reagieren solle. *Vor allem dieser Streitpunkt ist auch in der Paktregion und ihrem näheren Umfeld relevant. (siehe dazu weiter unten unter II.).*

Der Arbeitsmarkt reagiert mit Verzögerung von etwa 6 Monaten auf die Krise

Unstrittig ist dagegen, dass die Arbeitslosigkeit der Wirtschaftsentwicklung hinterherhinkt, also eine schrumpfende Wirtschaft erst zeitversetzt auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Die Verzögerung wird zuweilen quantifiziert – auf etwa sechs Monate.

Auf den Arbeitsmarkt wirkte sich in der Krise die Frühjahrsbelebung aus. Daher sank die Arbeitslosenquote im Mai 2009 gegenüber April 2009 bundesweit um 0,4 Punkte auf 8,2 Prozent, im Bundesgebiet Ost von 13,4 auf 13,3 Prozent. Im Bundesgebiet West stieg sie um 0,5 Prozent an (siehe Tabelle 1).

In den beiden Bundesländern, zu denen die drei Teilräume der Paktregion gehören ist die Arbeitslosigkeit im Mai 2009 gegenüber dem Vormonat in Brandenburg um 0,6 Punkte auf 12,6% und in Sachsen-Anhalt um 0,5 Punkte auf 14 Prozent gesunken.

Die **Zahl der Jobangebote** ist im Mai 2009 bundesweit den siebten Monat in Folge zurückgegangen.

Das **Instrument der Kurzarbeit**, das von der Bundesregierung noch zeitlich ausgeweitet und mit zusätzlichen Maßnahmen in seiner Arbeitslosigkeit vermeidenden Wirksamkeit versehen wurde, hat das Schlimmste verhindert. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit haben im März 2009 (neuere Zahlen lagen im Mai nicht vor) ca. 1,1 Millionen Beschäftigte aus wirtschaftlichen Gründen kurzgearbeitet (911 000 mehr als im Dezember 2008). Im Bundesgebiet West stieg die Zahl der Kurzarbeiter um 939 000 gegenüber dem Vorjahr auf 1.052 000; im Bundesgebiet Ost stieg die Zahl der Kurzarbeiter um 135 000 auf 177 000.

(Wenn man von einer 30 Prozent geringeren Arbeitszeit der Kurzarbeiter ausgeht, so entspricht die Kurzarbeit von über 1 Million Beschäftigter ca. 362- 400 000 Vollzeitstellen, die aber in die Arbeitslosenquote nicht eingehen.)

Ferner ist bei der Bewertung der **Arbeitsmarktstatistik** vom Mai 2009 zu bedenken, dass auf Grund einer **neuer Zählweise** ab Mai 2009 15-20 000 Arbeitslose, die von Dritten betreut werden, nicht mehr in der BA-Statistik auftauchen und ca. 1,025 Millionen *Arbeitslose in Arbeitsmarktmaßnahmen* schon seit längerer Zeit nicht als arbeitslos in der Statistik geführt werden, obschon sie arbeitslos sind.

Tendenzieller Fall der Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit, insbesondere im SGB II-Bereich

Über die Förderung der Selbständigkeit, der ja auch der Beschäftigungspakt 50 plus in Elbe-Elster/Wittenberg/Dessau-Roßlau verpflichtet ist, lässt sich dem Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur vom Mai 2009 folgendes entnehmen:

Bundesweit wurden im Mai 2009 durch die verschiedenen Formen der Selbständigenförderung (Gründungszuschuss, Einstiegsgeld und Existenzgründerzuschuss) 145.100 Personen gefördert (**23% weniger als im Vorjahresmonat**). Im Mai 2009 haben 12.400 Personen, seit Jahresbeginn 65.100 Personen mit Förderung eine selbständige Existenz begründet (+1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum).

Die **Förderung der Selbständigkeit im Bereich des SGB III** erstreckte sich im Mai 09 auf 133.700 Personen (**-22% gegenüber dem Vorjahresmonat**). Neu im Mai wurden 10.700 Existenzgründer, die zuvor ALG I bezogen haben, gefördert; seit Jahresbeginn 2009 56.400 (**+6% gegenüber dem Vorjahr**).

Anders, partiell gegenläufig, gestaltete sich **die Förderung der Selbständigkeit im Rechtskreis des SGB II**.

Das so genannte Einstiegsgeld kann sowohl für die Aufnahme einer SV-pflichtigen Beschäftigung als auch einer selbständigen Tätigkeit gezahlt werden.

Im Mai 2009 wurden 19.800 Personen mit dem Einstiegsgeld gefördert, davon 58% (= 11.484 Personen) bei einer Existenzgründung (**-26%** gegenüber dem Vorjahresmonat). Seit Jahresbeginn bezogen 15.900 Personen Einstiegsgeld. Das waren **23 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum**. (Monatsbericht Mai 2009 der Bundesagentur für Arbeit, S.30, 31, 32).

Festzuhalten ist, dass bundesweit die Anzahl der Einstiegsgeld erhaltenden gründungswilligen ALG II-Bezieher um mehr als 20 Prozent rückläufig ist. Dabei können verschiedene Ursachen für dieses Schrumpfen verantwortlich sein. Doch liegt es nahe, die auf Existenzgründungen bezogenen Sollgrößen des Beschäftigungspaktes zu überprüfen.

Keine Trendwende am Arbeitsmarkt im Mai 2009

BA-Chef Franz Jürgen Weise warnt davor, die relativ positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Mai 2009 schon als Trendwende zu nehmen. Eben weil der Arbeitsmarkt mit Verzögerung auf die Wirtschaftskrise reagiert. Er rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen im zweiten Halbjahr und vor allem gegen Ende 2009.

Die Krise verringert Jobchancen, insbesondere für Langzeitarbeitslose und damit auch die Erfolgsquote des Paktes

In einer Studie des IAB (Thomas Rothe: Arbeitsmarktentwicklung im Konjunkturverlauf. Nicht zuletzt eine Frage der Einstellungen, in: IAB-Kurzbericht 13/2009) heißt es:

Grundsätzlich sinkt das Angebot an offenen Stellen während einer Rezession aus zwei Gründen: Zum einen werden weniger neue Stellen geschaffen und zum anderen werden weniger bestehende Stellen frei. Aufgrund der rückläufigen Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt werden sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für langzeitarbeitslose Personen wieder verschlechtern. Da die Konkurrenz um die knapper werdenden offenen Stellen zunehmend härter wird, dürften die Chancen für Personen mit geringer Qualifikation oder anderen die Beschäftigungsfähigkeit einschränkenden Merkmalen sinken. Dies wird insbesondere die Integration von Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II erschweren. Insgesamt sind in Folge der Krise vermehrte Übergänge aus dem SGB III in das SGB II sowie ein Wiederanstieg der Langzeitarbeitslosigkeit zu erwarten. Dies birgt auch die Gefahr, dass sich die Arbeitslosigkeit verhärtet und dadurch die Sockelarbeitslosigkeit wieder steigt.

Von daher ist mit einer Verschlechterung der Handlungsbedingungen des Paktes im Zeitverlauf zu rechnen. Wir können ferner aus der zitierten Position als Faustformel ableiten, woran zu erkennen ist, ob und wann die Krise voll auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Dies ist in einer ersten Phase daran zu erkennen, dass es in allen Teilräumen der Paktregion zu einem deutlichen Anstieg der Bezieher von ALG I kommt. Die zweite Phase wäre erreicht, wenn der Anstieg der Bezieher von ALG I einhergeht mit verstärkten Übergängen von Arbeitslosen aus dem Rechtskreis des SGB III in den Rechtskreis des SGB II.

Die Konjunkturpakete als Handlungsbedingung des Pakts betrachtet, lassen sich gegenwärtig noch nicht in ihren Wirkungen abschätzen.

Die beschlossenen Konjunkturpakete zur Bewältigung der Krise (hier: Investitionen in Schulen, Kitas, Hochschulen, die städtische Infrastruktur...) werden allgemein von der Bevölkerung gut aufgenommen. Doch noch sorgten sie im Berichtszeitraum (Mai/Juni) kaum für Aufträge und Beschäftigung in der Wirtschaft. Es ist auch noch offen, ob der Pakt bei der Integration von älteren Langzeitarbeitslosen in Arbeit und Beschäftigung von den Konjunkturpaketen wird profitieren können (siehe dazu weiter unten und III.)

Verschuldung der öffentlichen Haushalte, sinkendes Steueraufkommen, steigende Abgaben als negative Handlungsbedingung des Paktes

Um nur einen Aspekt schlaglichtartig anzuführen: Der Konzern Vattenfall wird in 2009 23 Millionen Euro weniger Gewerbesteuern an Lausitzer Kommunen zahlen als im Vorjahr. Den Rückgang begründete das Unternehmen damit, dass 2008 anders als 2009 ein konjunkturelles Spitzenjahr mit hoher Stromnachfrage war und mit einer Umstrukturierung im Konzern.

Unter den Bedingungen der Krise sinkt überhaupt das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden. Gleichfalls ist mit einem Anstieg der Sozialausgaben zu rechnen.

Die Mittel, die gegenwärtig der Bundesagentur für Arbeit (Beitragssatz 2,8%) monatlich zufließen, mögen für eine „normale Krise“ ausreichend sein, nicht jedoch für die derzeitige Krise. Daher ist eine Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nach der Bundestagswahl wahrscheinlich.

Ferner liegen erste Vorschläge auf dem Tisch, die Mehrwertsteuer auf etwa 25 Prozent anzuheben. Noch handelt es sich nur um Vorschläge. *Einigermaßen sicher ist nur, dass sich die Auseinandersetzung darüber zuspitzen wird, wie und von wem die Kosten und Lasten der Krise zu schultern sind.*

Es ist zu erwarten, dass die Verringerung der finanziellen Spielräume der öffentlichen Hände unter anderem dazu führt, dass sowohl im Bund als auch regional Instrumente, Maßnahmen und Zielgruppen der bisherigen Arbeitsmarktpolitik auf den Prüfstand gestellt werden. Der Pakt hat sich voraussichtlich auf einen höheren Begründungs- und Legitimationsaufwand und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit einzustellen.

Ist der soziale Frieden in Gefahr, droht im Fortgang der Krise sozialer Aufruhr?

Diese Frage wurde auf der Tagung „Bürgergesellschaft in der Krise?“ im Mai 2009 ernsthaft aufgeworfen. Rüdiger Safranski argumentierte, dass die Gefahr durchaus nicht auszuschließender sozialer Unruhen nicht etwa in einer revolutionären Bewegung ihren Ausgangspunkt hätte, die dem bestehenden System ein besseres entgegenzusetzen würde. Denn eine solche Bewegung existiert nicht. Der Aufruhr drohte vielmehr von jenen zu kommen, die von der Teilhabe am bestehenden System zwangsläufig ausgeschlossen sind. (vgl. Martin Hatzius: Bürgergesellschaft in der

Krise? Eine Berliner Tagung fragt nach der Zukunft unseres Zusammenlebens. Ist der soziale Frieden in Gefahr? ND vom 30./31. Mai 2009).

Wer aber sind die vom bestehenden System zwangsläufig Ausgeschlossenen? Wolfgang Engler meinte in einem anderen Diskussionszusammenhang, es seien die unter Harz IV fallenden Gesellschaftsmitglieder. Dieser Position, dass die Bezieher von ALG II zu den von sozialer Teilhabe ausgeschlossenen gehören, wird von anderen energisch widersprochen (sie könnten ja reisen, lesen, wählen...). Der Streit soll und kann hier nicht entschieden werden.

Sicher ist nur, dass unter den Bedingungen der Krise die Wirtschaftskreisläufe mit noch weniger Beschäftigten auskommen als zuvor und dass das soziale Klima rauer werden dürfte.

II. Trends in der Paktregion Elbe-Elster/Wittenberg/Dessau-Roßlau

Datenlage

Die aufbereiteten Befunde stützen sich auf vier Arten von Quellen:

a) auf Analysen, Einschätzungen der Industrie- und Handelskammern Cottbus sowie Halle-Dessau, ferner der Handwerkskammern zur Konjunkturentwicklung in 2009.

Diese Einschätzungen basieren im Wesentlichen auf Unternehmensbefragungen im jeweiligen Kammerbezirk und ihrer Interpretation durch die Berichtersteller.

Die im vorigen Monitoring-Bericht vom April 2009 hervorgehobene Bedeutung kleinräumiger Unterschiede und kleinräumiger Profile in der Paktregion verlangte eigentlich nach einer entsprechend kleinräumigen Gewinnung, Aufbereitung von Daten.

Dies ist indes nicht der Fall. Die Kammerbezirke zu denen Elbe-Elster (Cottbus/Südbrandenburg) einerseits und Wittenberg sowie Dessau-Roßlau (Halle-Dessau) andererseits gehören, sind recht groß. Zudem besteht der Trend zu einer abermaligen Ausweitung der Territorien bei der Berichterstattung – zum einen auf Berlin und Brandenburg und zum anderen auf Mitteldeutschland (Kammerbezirke Halle und Leipzig).

b) Eine zweite Quelle sind Erhebungen (Unternehmensbefragungen) in ausgewählten Branchen, wie etwa der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg vom Mai 2009 vom regionalen Verband dieser Branche. Das Problem dieser Daten besteht darin, dass sie sich auf die Branche in Berlin und Brandenburg als Ganzes beziehen, mithin die Situation in Südbrandenburg nicht explizit in den Blick rücken.

c) Die dritte Quelle sind Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit für Mai 2009. Sie liegen einmal für Agenturbezirke vor, zu denen die Paktregion gehört

(Cottbus; Wittenberg; Dessau) und sodann für die Landkreise Elbe-Elster, Wittenberg, Dessau-Roßlau, Stadt. Das Problem dieser Daten besteht darin, dass Agenturbezirke und Landkreise sich nicht decken. Das ist auf den ersten Blick insbesondere dann verwirrend, wenn Kreise und Agenturbezirke identische (Wittenberg) oder ähnliche (Dessau= Agenturbezirk; Dessau-Roßlau = kreisfreie Stadt) haben. Herangezogen werden Daten auf der Ebene der Agenturen und der Kreise, weil sie jeweils Angaben enthalten, die auf der anderen Ebene nicht zur Verfügung stehen. Um Verwechslungen zu vermeiden wird nicht nur der Raum benannt auf den sich die Daten beziehen, sondern auch die differierende Zahl aller zivilen Erwerbspersonen für die jeweilige Raumeinheit eingefügt.

d) Schließlich werden Pressemitteilungen aus verschiedenen Zeitungen herangezogen, die Lageeinschätzungen verschiedener Akteure in der Paktregion wiedergeben.

Konjunkturentwicklung: Die Krise hat die Paktregion erreicht

Region Südbrandenburg mit Elbe-Elster

(Quelle: Konjunkturreport 2009 der Industrie- und Handelskammern in Berlin und Brandenburg)

Der Konjunkturklimaindex insgesamt in Berlin und Brandenburg ist im ersten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozentpunkte eingebrochen. Dabei ist die Lage in den Subregionen und Branchen uneinheitlich.

Im Süden Brandenburgs wird die aktuelle Geschäftslage im 1. Quartal 2009 noch am positivsten beurteilt: 35 Prozent der befragten Unternehmen aller Branchen gaben an, sie sei gut (47 Prozent befriedigend, 18% schlecht).

Einen Einbruch hat es im Export gegeben. Die Investitionsneigung ist rückläufig, jedoch in Südbrandenburg und Westbrandenburg immerhin noch ausgeprägter, d.h. weniger rückläufig als in Berlin und Ostbrandenburg.

Im IHK Bezirk Cottbus sind die Erwartungen an die Beschäftigungsentwicklung in den befragten Unternehmen „sehr zurückhaltend“ geworden: 8 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, die Beschäftigtenzahl ausweiten zu wollen, immerhin 68 Prozent wollen die Zahl ihrer Beschäftigten stabil halten, 24 Prozent rechnen mit einem Personalabbau.

Bezogen auf ausgewählte Branchen ergibt sich für Südbrandenburg folgendes Bild: „**Industrie** – Lokomotive der Wirtschaft ausgebremst“ (S. 11)

Der **Dienstleistungssektor** ist der Wirtschaftsbereich mit den positivsten Lageeinschätzungen. Im Kammerbezirk Cottbus schätzen 45% der Dienstleister ihre Lage als gut ein, 11 % als schlecht.

Bau: 30 Prozent der Unternehmen in Südbrandenburg bewerten ihre Geschäftslage als gut.

Handel: 53 Prozent der Unternehmen halten ihre aktuelle Geschäftslage für schlecht.

Metall- und Elektroindustrie (Berlin und Brandenburg). Nach einer Umfrage im Mai 2009 unter knapp 200 Unternehmen waren mehr als ein Drittel der Betriebe nur noch zu 50 bis 60 Prozent ausgelastet (normal seien 80% Auslastung). 20 Prozent der befragten Unternehmen erwarten im nächsten Halbjahr eine Verbesserung ihrer Geschäftslage, 48 Prozent rechnen mit weiter sinkenden Aufträgen. Dennoch wollen 84 Prozent aller befragten Betriebe ihre Stammbesetzung in den nächsten sechs Monaten halten (Im Januar waren es 88%) (Quelle: Krise schlägt auf die Metallbranche durch, Berliner Morgenpost vom 27.05.2009).

„**Verkehrsgewerbe** – niedrigste Erwartungen im Branchenvergleich“ (S. 14)

Der „mitteldeutsche“ Raum mit Wittenberg und Dessau-Roßlau

(Quelle: Konjunkturbericht der IHK Halle-Dessau für I/2009; Wirtschaft in Mitteldeutschland 2009 – Bericht der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern zu Leipzig und Halle-Dessau)

Die Rezession hat Mitteldeutschland erreicht. Die konjunkturelle Abkühlung schlägt nun auch spürbar auf die Lage der Wirtschaft durch. Seit dem Herbst 2008 habe sich „...die konjunkturelle Lage außergewöhnlich schnell und stark eingetrübt. Die bis dahin stabile Industrie sei seitdem hart vom Nachfragerückgang, insbesondere aus dem Ausland betroffen worden. Dies belastet zunehmend auch mit der Industrie eng verknüpfte Branchen...`Aufgrund der Geschäftsaussichten der Unternehmen muss eine Fortsetzung dieser ungünstigen Entwicklung in den kommenden Monaten befürchtet werden. Mehr oder weniger deutlich sind davon alle Wirtschaftsbereiche betroffen`, so Schaar. Die Investitionstätigkeit werde insgesamt deutlich zurückgefahren. Mit einem Beschäftigungsabbau, insbesondere für Industrie und Verkehrsgewerbe, müs-

se gerechnet werden. Insgesamt sei in diesem Jahr ein Rückgang der Wirtschaftsleistung gegenüber 2008 zu erwarten“

Aussagen des Konjunkturberichtes „Mitteldeutschland“ zu einzelnen Branchen:

Industrie. Die Geschäftserwartungen stürzen ab. Der Saldo fiel gegenüber dem Vorjahr von 8 auf -35 Punkte. Viele Unternehmen rechnen mit weiter sinkenden Umsätzen und Exporterlösen. Kapazitätsstilllegungen sind nicht auszuschließen. Die Investitionstätigkeit wird stark zurückgefahren. *Trotz der Ausweitung von Kurzarbeiterregelungen ist mit rückläufigen Beschäftigungszahlen zu rechnen.*

Bau: *Die Lage im Baugewerbe ist gegenwärtig zufrieden stellend.* Zwar befürchten viele Unternehmen Umsatzeinbußen aufgrund des Rückgangs der Investitionen, doch die Beschäftigtenzahlen werden nach bisherigen Planungen gleich bleiben.

Dienstleistungen. Auch in den „mitteldeutschen“ Teilen der Paktregion ist das Dienstleistungsgewerbe der Wirtschaftsbereich mit der besten Lagebeurteilung. Doch nimmt die Skepsis zu. Die Unternehmen rechnen mit einer rückläufigen Nachfrage, insbesondere aus der Industrie. Die meisten Firmen wollen ihren „Beschäftigungstamm“ halten.

Handwerk. Die Krise wirkt sich auch im Handwerk aus. *Aber noch ist die konjunkturelle Stimmung besser als befürchtet. Das liegt vor allem an der schwachen Abhängigkeit vom Exportgeschäft und an der stabilen privaten Nachfrage.* Doch rutschen die Geschäftserwartungen für das nächste halbe Jahr in den Keller: Beschäftigtenzahlen, Umsatzerwartungen, Investitionsentwicklung. *Erwartete Auftrags- und Umsatzrückgänge spiegeln sich noch nicht in den Personalplanungen wider.* Fast 80% der Handwerksbetriebe wollen ihre Beschäftigtenzahlen nicht verändern. Die Unternehmen versuchen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels auch in der Krise ihre Stammebelegschaft zu halten.

Handel. Der Großhandel leidet an rückläufigem Ordervolumen aus der Industrie. Der Einzelhandel befürchtet negative Auswirkungen auf die Kaufkraft und das Kaufverhalten der Verbraucher. Erschwerend kommt hinzu, dass der Handel kaum von den Konjunkturpaketen I und II profitiert. *Der Saldo der Geschäftserwartungen gegenüber*

dem Herbst 2008 fiel deutlich. Entsprechend verschlechtert haben sich die Beschäftigungsperspektiven.

Verkehrsgewerbe. Die Situation wird als „besorgniserregend“ eingeschätzt. Die sinkende Nachfrage nach Industrieprodukten hat zu einem drastischen Nachfrageeinbruch bei Transportleistungen geführt. Neben dem Konjunkturabschwung wirkt sich auch die Mauterhöhung zu Jahresbeginn negativ aus. *Es ist mit einem weiteren Abbau von Transportkapazitäten und einem deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen in den nächsten Monaten zu rechnen.*

Fazit zur Konjunktorentwicklung

Im Großen und Ganzen sind die branchenbezogenen Einschätzungen für Südbrandenburg und die mitteldeutschen Teilräume der Paktregion relativ ähnlich.

Für den Pakt lassen sich drei Schlussfolgerungen ableiten:

Erstens: Niemand weiß, wie lange die Krise dauert. M.E. ist aber ein Zeitraum von mindestens einem Jahr, eher zwei Jahren eine realistische Annahme. Wenn es sich so verhält, sollte sich der Pakt auf ein Agieren unter den Bedingungen der Krise einstellen und nicht so sehr auf eine Zeit nach der Krise.

Zweitens: Netzwerke schaffen Arbeit auch in der Krise und in krisengeschüttelten Branchen. Diese kühne Schlussfolgerung stützt sich auf Befunde einer Studie, die darauf verweist, dass eine relativ große Bewegung am Arbeitsmarkt herrscht. In den vergangenen 10 Jahren wurden an jedem Arbeitstag im Schnitt 30 000 Arbeitsverhältnisse begonnen und etwa ebenso viele beendet. (vgl. Thomas Rothe: Arbeitsmarktentwicklung im Konjunkturverlauf. Nicht zuletzt eine Frage der Einstellungen, in : IAB-Kurzbericht 13/2009). Auch unter den Bedingungen der Krise wird in allen Branchen eingestellt und es werden Arbeitsverhältnisse aufgelöst, wenn auch auf niedrigerem Niveau als vorher. Deshalb ist es für den Pakt nicht völlig aussichtslos an Integrationsschneisen in krisengeschüttelte Branchen vorerst festzuhalten.

Drittens: Für die Integration von älteren Langzeitarbeitslosen in Arbeit lassen sich ausweislich der Konjunkturberichte Bereiche identifizieren, die eher aufnahmefähig sind als andere. Dazu gehören derzeit etwa Dienstleistungen, das Handwerk, soziale Berufe, eventuell Bau. (Über den „grünen Bereich“ (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) können vom Berichtersteller keine Aussagen getroffen werden).

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung in der Paktregion

Der Arbeitsmarkt in der Paktregion partizipiert ausweislich der für Mai 2009 vorliegenden Zahlen anteilig an der Frühjahrsbelebung, an den Effekten der Kurzarbeit sowie an der Verzögerung, mit der sich die Wirtschaftsentwicklung auf die Beschäftigungsentwicklung auswirkt.

Die Wirtschaftskrise hat bisher nicht voll, aber m.E. partiell auf den Arbeitsmarkt der Paktregion durchgeschlagen. In allen drei Kreisen der Paktregion ist die Arbeitslosenquote im Mai 2009 gegenüber dem Vormonat gesunken. Die unter I. skizzierten Deutschlandtrends und die Trends, die für die Kammerbezirke ausgewiesen wurden, lassen sich zwar auch in der Paktregion erkennen. Doch werden sie durch regionale Gegebenheiten wie in einem Prisma gebrochen.

Auch in der Paktregion hat **Kurzarbeit** zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit beigetragen. Am stärksten unter den drei Gebietseinheiten der Paktregion wurde im Raum Wittenberg das Instrument der Kurzarbeit genutzt.

Tabelle 2: Anteil der Kurzarbeiter (März 2009) bezogen auf den Bestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.2008 nach Arbeitsmarktregionen in Prozent

Arbeitsmarktregion	Anteil der Kurzarbeiter in Prozent
Wittenberg	3-4%
Cottbus	2-3%
Dessau	1-2%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktbericht Mai 2009

Für den Raum Wittenberg sind vom Oktober 2008 bis 22. Mai 2009 für insgesamt 2 453 Arbeitsplätze Kurzarbeit bei der Agentur für Arbeit angemeldet worden (Quelle: Markus Wagner: Kurzarbeit hilft Quote zu senken, Mitteldeutsche Zeitung vom 28.05.2009). In ganz Sachsen-Anhalt haben seit Oktober vergangenen Jahres 2300 Betriebe für 45.700 Beschäftigte Kurzarbeit in Anspruch genommen. Das gilt vor allem für die Industrie. Im Landkreis Elbe-Elster haben etwa die größeren Unternehmen der regionalen Metall- und Elektroindustrie Kurzarbeit angemeldet. Die Zahl der Kurzarbeiter liegt in der Branche derzeit etwa um, eher unter 1000.

Kurzarbeit in Verbindung mit Weiterbildung ist nach Einschätzung von Stefan Rotte, Geschäftsführer Operativ der Agentur für Arbeit Wittenberg, die entscheidende Strategie zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. Aktuell gebe es keinen branchenbezogenen Beschäftigungsabbau, sondern die Arbeitslosenquote ist (in der Arbeitsmarktregion WB nicht zu verwechseln mit dem LK WB) im Vergleich zum Vormonat um ein Prozent auf 12,8 Prozent gesunken. Rotte hebt hervor, dass alle Personengruppen, auch die Langzeitarbeitslosen, vom Rückgang der Arbeitslosenzahl profitierten. Der Arbeitsmarkt sei, wenn auch abgeschwächt, noch aufnahmefähig. Das gilt etwa für Dienstleistungs- und soziale Berufe. (zit. nach Markus Wagner: Kurzarbeit hilft Quote zu senken, Mitteldeutsche Zeitung vom 28.05.2009).

Arbeitslosigkeit in der Paktregion nach Rechtskreisen: drei Muster im SGB III-Bereich, zwei im Rechtskreis des SGB II

Die Arbeitslosigkeit insgesamt ist im Mai 2009 sowohl in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt als auch in den Gebieten der Paktregion im Vergleich mit dem Vormonat gesunken. Dabei liegt die Arbeitslosenquote in Dessau-Roßlau sowie in Elbe-Elster **über** der des jeweiligen Bundeslandes, in Wittenberg **unter** der des Bundeslandes Sachsen-Anhalt (siehe Tabelle 3 umseitig).

Bei einer **Betrachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen** (Arbeitslose insgesamt sowie Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB III und Arbeitslose insgesamt sowie Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II) im Vergleich mit dem Vorjahresmonat lässt sich **bundesweit und auch in der Region Ostdeutschland** (siehe Tabelle 1) folgende Tendenz erkennen: die konjunkturelle Abschwächung (Krise) hat sich zuerst schneller und stärker im SGB III Bereich ausgewirkt – als Anstieg. Im SGB II Bereich hat es im Vergleich mit dem Vorjahresmonat dagegen Rückgänge gegeben.

In der Paktregion und ihren drei Teilräumen zeigt sich partiell ein anderes, vom Bundes- und Ostdeutschlandtrend abweichendes Bild. Es lassen sich drei Muster im SGB III- Bereich erkennen und zwei Muster im SGB- II-Bereich.

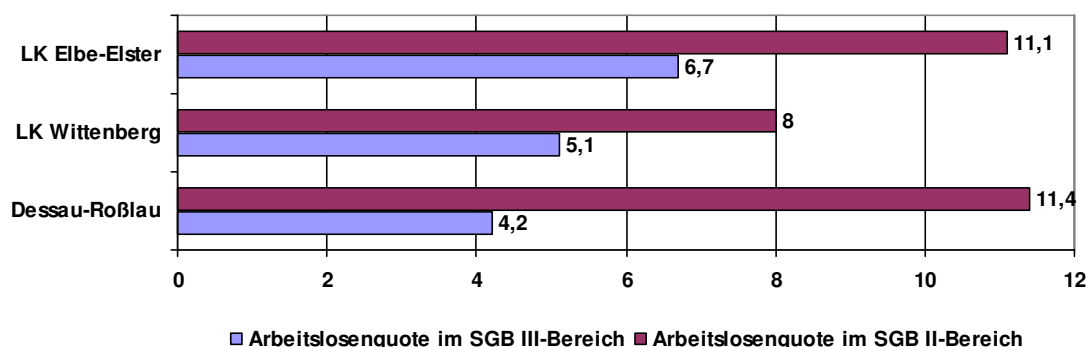
Tabelle 3: Arbeitslosigkeit im Mai 2009 in den Landkreisen Elbe-Elster und Wittenberg sowie in Dessau-Roßlau, Stadt

Merkmal	Kreis		
	Dessau-Roßlau, Stadt	LK Elbe-Elster	LK Wittenberg
Alle zivilen Erwerbspersonen	45.237	60.861	72.681
Arbeitslose	7040	10.378	9.193
Veränderung gegenüber Vormonat	- 224	-527	- 765
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	- 41	- 633	- 464
Arbeitslosenquote	15,6%	17,1%	12,6%
Arbeitslosenquote Vormonat	15,9%	17,5%	13,5%
Arbeitslosenquote Vorjahresmonat	15,5%	17,7%	13,1%
Gemeldete Stellen	550	590	727
Veränderung gegenüber Vormonat	+16	+31	+102
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	+171	+41	+118

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Eckdaten auf Kreisebene im Mai 2009

Über die Aufteilung der Arbeitslosen in die Rechtskreise SGB III und SGB II geben die Abbildung 2 und die Tabelle 4 Auskünfte. Dabei ist zu beachten, dass die Abbildung 2 sich zwar auf die Kreise, aber auf die Werte vom Januar 2009 bezieht. Die Tabelle 4 bezieht sich im Falle Dessau-Roßlau und Wittenberg aus Gründen des Datenzugriffs *nicht auf die Kreise*, sondern auf die Daten für die Arbeitsmarktregionen. Nur im Falle Elbe-Elster beziehen sich die Daten auf den Landkreis.

Abbildung 2 Arbeitslosenquoten nach Rechtskreisen in Prozent im Januar 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Analysetool Kreise

Tabelle 4: Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen im Mai 2009 in der Paktregion im Vergleich mit dem Vorjahresmonat

Merkmal	Arbeitsmarktregion Dessau		Arbeitsmarktregion Wittenberg		LK Elbe-Elster	
	Mai 09	Veränderung zum bzw. Stand Vorjahresmonat	Mai 09	Veränderung zum bzw. Stand Vorjahresmonat	Mai 09	Veränderung zum bzw. Stand Vorjahresmonat
Alle zivilen Erwerbspersonen	133.370	-	60.614	-	60.861	-
Arbeitslosigkeit insgesamt	18.904	- 1.025	7.780	-514	10.378	-633
Darunter Arbeitslose im SGB III-Bereich	5.819	+ 373	2.585	+ 29	3.260	- 477
Darunter Arbeitslose im SGB II-Bereich	13.085	- 1.398	5.195	- 485	7.118	-156
Darunter Langzeitarbeitslose	k.A.	k.A.	1.283	- 1.176	3.761	- 590
Arbeitslosenquote insgesamt	14,2%	14,5%	12,8%	13,5%	17,1%	17,7%
Arbeitslosenquote im SGB III-Bereich	4,4%	4,0%	4,3%	4,3%	5,4%	6,1%
Arbeitslosenquote im SGB II-Bereich	9,8%	10,5%	8,6%	9,3%	11,7%	11,6%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit für die Arbeitsmarktregionen; im Falle Elbe Elster RWFG.

Die Arbeitslosenquoten im Rechtskreis des SGB III sind in der Region Dessau im Vergleich mit dem Vorjahresmonat **gestiegen**, in der Arbeitsmarktregion Wittenberg **konstant geblieben**, in Elbe-Elster **gesunken**.

*Wir haben es in der Paktregion mithin bei der Arbeitsmarktentwicklung im SGB III-Bereich noch mit verschiedenen Mustern zu tun. **Der für die Krise charakteristische Anstieg der Empfänger von ALG I ist aber in einem Teilraum der Paktregion schon jetzt zu erkennen bzw. beginnt sich abzuzeichnen.***

In der Paktregion hat es im Vergleich zum Vorjahresmonat **messbare Erfolge beim Abschmelzen der Arbeitslosigkeit im SGB II-Bereich**, insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen, gegeben. Die Zahlen sind in allen drei Teilräumen beeindruckend. **Doch nur in zwei von drei Teilräumen ist zudem auch die Arbeitslosenquote im SGB II-Bereich im Vergleich zum Vorjahresmonat (analog zum Bundes- und Ostdeutschlandtrend) gesunken, in einem Teilraum (Elbe-Elster) ist sie annähernd gleich geblieben.**

Mit dem Fortgang der Krise ist in der Paktregion die unter I. skizzierte Entwicklung und eine Reduktion der Muster zu erwarten: in allen Teilräumen ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III, verstärkter Übergang aus dem Rechtskreis des SGB III in den SGB II-Bereich, Verfestigung der Sockelarbeitslosigkeit und Anstieg der Arbeitslosenquote im SGB II-Bereich.

Tendenzen des regionalen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Diskurses und zur Wirksamkeit der Konjunkturpakete I und II in der Paktregion

(0) Das Programm „Perspektive 50 plus Beschäftigungspakte in den Regionen“ spielt im Berichtszeitraum im regionalen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Diskurs keine explizite, jedenfalls keine exponierte Rolle. Der regionale Diskurs (regional = Paktregion und deren Umfeld sowie Diskurs im Lande Brandenburg und Sachsen-Anhalt) kreist um größere Themen, die indes direkt oder indirekt die Handlungsbedingungen des Paktes tangieren.

(1) Relevante Akteure aus Wirtschaft und Politik gehen davon aus, dass mittlerweile eine „**industrielle Basis**“ bzw. „**Wirtschaftsstruktur**“ entstanden ist, **die „nicht bei der ersten Turbulenz gleich in die Knie geht“**, so Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Berlin-Brandenburg der Metall- und Elektroindustrie

über die industrielle Basis im Land Brandenburg.(Krise schlägt auf Metallbranche durch, Berliner Morgenpost vom 27.05.2009).

Ähnliches ist zu vernehmen von den Wirtschaftskammern Halle und Leipzig in ihrem Bericht „Mitteldeutschland 2009“ vom 2. Juni 2009: „Trotz konjunktureller Negativmeldungen und pessimistischer Prognosen für das weitere Wachstum muss man sich um Mitteldeutschland aus struktureller Sicht derzeit keine Sorgen machen.“ Der Strukturwandel der mitteldeutschen Wirtschaft sei im Jahre 2008 weiter vorangekommen, die Branchenstruktur entspreche heute weitgehend dem westdeutschen Durchschnitt. Als größte Wachstumsbremse wird der Bevölkerungsrückgang und in dessen Folge Fachkräfte- und Unternehmermangel diagnostiziert. Aktuell hat die Rezession Mitteldeutschland erreicht.

M.E. kommt es in der Paktregion auch weiter darauf an, auch neue Wirtschafts- und Beschäftigungsfelder zu erschließen und Branchenstrukturen zu verbessern. Die leitende Wahrnehmung wichtiger Akteure in der Region, dass Bevölkerungsrückgang und Fachkräftemangel als zentrales Handicap durchschlagen, bietet m. E. gute Anknüpfungspunkte für die Idee und Praxis des Beschäftigungspaktes 50 plus.

(2) Die überraschend guten **Arbeitsmarktzahlen vom Mai 2009** für die Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt insgesamt werden wie folgt interpretiert:

Sachsen-Anhalt

„Trotz weltweiter Finanzkrise ist die Frühjahrsbelegung auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt stärker ausgefallen als vor einem Jahr“. Dennoch könne niemand sagen, wie sich die Situation im Jahresverlauf entwickeln werde (Wirtschaftsminister Haseloff).

Der designierte Chef der Landesagentur für Arbeit, Kay Senius, rechnet damit, dass **die Arbeitslosenzahl in Sachsen-Anhalt zur Jahresmitte ansteigen, jedoch nicht die Rekordwerte früherer Jahre erreichen werde.** Im Jahre 2003 wurde mit 270 000 Betroffenen der bislang höchste Wert in Sachsen Anhalt gemessen. (Naumburger Tageblatt 28.05.09).

In Sachsen-Anhalt wird gegenwärtig eine **zeitlich befristete Änderung einer Förderrichtlinie** geprüft. Es ist vorgesehen, dass Investitionsvorhaben künftig auch dann Zuschüsse erhalten können, wenn damit kein sofortiger Beschäftigungszu-

wachs verbunden ist. DGB Landeschef Udo Gebhardt nannte diese Idee „staatlich subventionierten Personalabbau“, „Abschied vom volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auftrag der Wirtschaftspolitik“ (vgl. Belegung vor dem Anstieg, Naumburger Tageblatt vom 28.05.2009).

Brandenburg

Zu den Arbeitsmarktzahlen vom Mai 2009 erklärte Ministerpräsident Platzeck, **der Brandenburger Arbeitsmarkt sei erfreulich stabil, die ;Momentaufnahme von Ende Mai zeige, dass die Wirtschaftskrise bisher offenbar noch nicht voll den Arbeitsmarkt durchschlägt. Gleichwohl könne von einer Entwarnung derzeit keine Rede sein. Hilfreich werden die vom Bund und vom Land angeschobenen Konjunkturlösungen sein.**

Es gebe viele positive Signale im Land. An erster Stelle wird der Beitrag des größten Infrastrukturprojektes, der Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg International, zur Beschäftigungsbilanz des Landes hervorgehoben. 80 Prozent aller Bauaufträge blieben in der Region. Auch die Auftragslage in einigen Branchen (Energiewirtschaft, Medizintechnik, Schienenfahrzeugbau) stimmten zuversichtlich. (Niederlausitz aktuell 28.05.2009).

(3) Generell positiv wird die Ausweitung und Ausgestaltung der **Kurzarbeiterregelungen** bewertet und angenommen. Es gibt indes auch in der Paktregion und deren näherem Umfeld wichtige Akteure, die die „Kurzarbeit plus“ eher kritisch sehen:

Handwerkskammer Halle (Saale) – Ihr Beratungspartner

HWK-aktuell Ausgabe 10/09: 15. Mai 2009



Handwerkskammer Halle (Saale)

Kurzarbeit nicht missbrauchen!

Kurzarbeit soll Unternehmen bei einer vorübergehend schlechten Auftragslage durch Personalkostensenkung entlasten. Ziel ist es, qualifizierte Arbeitnehmer dem Betrieb zu erhalten. „Schon die Verlängerung der maximalen Bezugszeit für Kurzarbeitergeld auf 18 Monate war mit der Bezeichnung „vorübergehend“ kaum zu vereinbaren, aber durch den scharfen Konjunkturreinbruch zu rechtfertigen. „Mit der jetzt geplanten Verlängerung auf 24 Monate und der Übernahme der SV-Beiträge nach sechs Monaten Dauer, wird der Sinn von Kurzarbeit kurzfristige Auftragslücken zu überbrücken, vollends verfehlt“, sagt der Handwerkskammerpräsident Thomas Keindorf. Kurzarbeit werde so zu einer vom Staat teuer bezahlten verdeckten Arbeitslosigkeit. Außerdem werde Kurzarbeit durch die beabsichtigten Regeländerungen immer mehr auf Großbetriebe zugeschnitten. „Vor allem Großbetriebe nutzen Kurzarbeit länger als ein halbes Jahr. Klein- und Mittelbetriebe dagegen brauchen die geplanten Entlastungen bei den Sozialabgaben sofort und nicht erst nach sechs Monaten“, rügte Keindorf den Vorschlag für das „Kurzarbeitergeld plus“.



(4) Bewertung der **Konjunkturpakete I und II**

Die Konjunkturpakete I und II werden von wichtigen Akteuren (Wirtschaftskammern) in Sachsen-Anhalt und Brandenburg partiell unterschiedlich bewertet.

Ausweislich der herangezogenen Quellen fällt die Bewertung in Sachsen-Anhalt kritischer aus als in Brandenburg. Das hängt offenbar damit zusammen, dass die Wirtschaftskammern Halle-Dessau und Leipzig explizit etwas stärker den Postulaten der neoliberalen Wirtschafts- und Glaubenslehre verpflichtet sind als die Kammern in Brandenburg.

Im Konjunktur- und Strukturbericht der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern Halle-Dessau und Leipzig „Wirtschaft in Mitteldeutschland“ vom 2. Juni 2009 heißt es: „Wenn Konjunkturlösungen, dann schnell, unbürokratisch und wettbewerbsneutral!“ Leider entfalten die mit hohen Schulden finanzierten Konjunkturpakete I und II bisher eine geringe Wirkung, weil die gewählten Instrumente einfache Mitnahmeeffekte auslösen und zu deutlichen Wettbewerbsverzerrungen führen und weil die Gelder im bürokratischen (Genehmigungs-) Gestrüpp nicht schnell an Ort und Stelle gelangen. Eine Umfrage der Kammern unter mitteldeutschen Kommunen habe ergeben, dass so gut wie keine der geplanten Maßnahmen aus dem kommunalen Investitionsprogramm des zweiten Konjunkturpaketes vor dem zweiten Halbjahr 2009 oder sogar erst 2010 begonnen werden könne.

Im Kammerbezirk Cottbus werden hingegen die Optionen, die die Konjunkturpakete bieten, positiver, weniger kritisch beurteilt und die Voraussetzungen mitbedacht, die zu schaffen sind, ehe sie wirken können. Auch sind offenbar auch die Erwartungen geringer.

Eine rasche Wirkung des Konjunkturpaketes II ist nicht zu erwarten. Erste Erfolge und Effekte sind im Land Brandenburg nach Einschätzungen der IHK Cottbus in der zweiten Jahreshälfte 2009 möglich. Denn In den meisten Fällen können Kommunen und Landkreise auf keine Vorratsplanungen zurückgreifen, es sind Ausschreibungen erforderlich; vielfach müssen Kommunen und Landkreise finanziell in Vorleistung gehen. Ferner wird es einen „Demographiecheck“ geben. Der Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus, Wolfgang Krüger, macht überdies auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: die noch zufrieden stellende Auftragslage vieler KMU. Daher könnten sie Probleme bekommen, zusätzliche Aufträge im vorgegeben zeitlichen Rahmen

abzuarbeiten. (Vgl. Wege übers Land. Konjunkturmittel sorgen noch kaum für Aufträge, ND vom 25.05.2009).

Das Konjunkturpaket II bietet dem Beschäftigungspakt nicht automatisch neue Möglichkeiten, ältere Langzeitarbeitslose in Arbeit und Beschäftigung zu integrieren. Sehr viel hängt davon ab, ob es dem Pakt gelingt, sich in die Vorbereitungs- und Umsetzungsphase einzubringen, die Unternehmen bei Ausschreibungen und auch anderweitig zu unterstützen...

(5) Die wirtschaftspolitische **Einbettung des Konjunkturberichtes „Mitteldeutschland“**. Die Wirtschaftskammern Mitteldeutschlands wenden sich gegen „Wahlgeschenke“ und fordern eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Abwrackprämie halten sie für ein Marktverzerrendes Moment. Sinnvoller wäre aus der Sicht der Kammern eine Reform des Steuersystems, eine Korrektur von Teilen der Unternehmenssteuerreform und die Erleichterung der Kreditvergabe für Unternehmen. Die gewonnene „Flexibilität der Beschäftigung“ dürfe nicht verspielt werden (Bekanntnis zu den Hartz IV-Reformen, gegen Mindestlöhne, gegen Einschränkungen der Zeitarbeit und gegen die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.) Auch die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung auf 24 Monate wird strikt abgelehnt. Die Kammern Mitteldeutschlands wenden sich gegen weitere „umweltpolitischen Überregulierungen, verschärfte Umweltgesetze und nationale Alleingänge“. Schließlich setzen sie sich für PPP-Modelle ein, um den Investitionsstau gerade auch im Bereich von Kindertagesstätten und Schulen abzubauen.

Die wirtschaftspolitische Rahmung des Konjunkturberichtes der Kammern Mitteldeutschlands wurde hier aus zwei Gründen relativ ausführlich skizziert. Zum einen signalisiert die Einbettung dieses Konjunkturberichtes exemplarisch die Verankerung der neoliberalen Glaubenslehre in der Paktregion selbst und in deren Umfeld. Und das gilt wohl nicht allein für die mitteldeutschen Teilräume. Obschon der Ausbruch der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise für die neoliberale Wirtschafts- und Glaubenslehre der größte anzunehmende Unfall darstellt und ihre Postulate und Prämissen kräftig diskreditiert wurden, verschwinden sie deshalb nicht von selbst.

Zum anderen liegt es in der der weiteren Logik des neoliberalen Ansatzes (wenn man ihn zu Ende denkt), Programm und Praxis des Beschäftigungspaktes 50plus zur Disposition zu stellen, obzwar sich dazu im Text keine Zeile findet.

M. E. wird mit dem Fortgang der Krise der Begründungs- und Legitimationszwang für den Pakt steigen. Eine erfolgreiche Strategie besteht m.E. darin, die neoliberalen Prämissen generell in Frage zu stellen und zu entkräften und nicht nur dann, wenn sie sich gegen den Pakt als solchen richten sollten.

III. Fazit. Anregungen, Konsequenzen für die Arbeit im Beschäftigungspakt

(1) Die Wirtschaftskrise ist in der Paktregion schon angekommen. Aktuell lassen sich in der Paktregion jedoch noch drei verschiedene Muster der Beschäftigungsentwicklung erkennen. In *einem* der Teilräume zeichnet sich schon jetzt (abweichend vom ostdeutschen und vom Trend im jeweiligen Bundesland) ein Anstieg der Bezieher von ALG I ab. (Wenn dennoch die Arbeitslosenquote auch in der Arbeitsmarktregion Dessau insgesamt gesunken ist, so geht das auf Integrationserfolge im SGB II-Bereich zurück.) In einem *zweiten* Teilraum konnte vor allem durch den Einsatz des Instrumentes Kurzarbeit die Arbeitslosenquote im SGB III-Bereich konstant gehalten werden; deutliche Erfolge gab es auch hier im SGB II-Bereich. Im dritten Teilraum des Paktgebietes hingegen geht der Rückgang der Arbeitslosenquote vor allem auf Erfolge bei der Integration von Beziehern des ALG I in Arbeit zurück, die Arbeitslosenquote im Rechtskreis des SGB II blieb gegenüber dem Vorjahresmonat annähernd gleich.

Mit der Dauer und dem Fortgang der Krise ist zu erwarten, dass sich in allen drei Teilräumen ein einheitliches neues Muster herausbildet: Anstieg der Bezieher von ALG I, verstärkter Übergang von vormals ALG I-Beziehern in den Rechtskreis des SGB II, Anstieg des ohnehin hohen Sockels der ALG II-Bezieher.

(2) Tendenziell verschlechtern sich damit die Handlungsbedingungen des Paktes und die Chancen, Langzeitarbeitslose in Arbeit zu integrieren in zweierlei Hinsicht. Zum einen wird die Konkurrenz um Arbeitsplätze härter, wobei Langzeitarbeitslose in der Regel schlechtere Karten haben. Zum andern dürfte der Begründungs- und Legitimationsaufwand für den Pakt und seine Arbeit auch in der Region steigen.

(3) Für die Arbeit des Paktes zeichnen sich dennoch auch nutzbare positive Anknüpfungspunkte und gewisse Chancen ab:

3.1. Maßgebliche Akteure in der Region gehen davon aus, dass Bevölkerungsrückgang und Fachkräftemangel zu den Handicaps gehören. Diese Problemwahrnehmung kann der Pakt nutzen, um die Potenzen älterer Arbeitnehmer ins Spiel zu bringen;

3.2. In der Paktregion gibt es Branchen, die weniger krisengeschüttelt sind als andere. Aktuell sind das offenbar Dienstleistungen, soziale Berufe, partiell das Bauwesen, Bereiche des Handwerks;

3.3. Auch in der Krise und in krisengeschüttelten Branche gibt es Bewegung, werden Arbeitsverhältnisse begonnen und aufgelöst, wenngleich auf niederem Niveau. Der Pakt kann hierbei seine guten Beziehungen zu Unternehmen nutzen und geeignete Kandidaten unterbringen;

3.4. Um von den Konjunkturpaketen I und II profitieren zu können, sind kommunal und auch auf der Seite der Unternehmen allerlei Vorleistungen zu erbringen. Für den Pakt bieten sich Chancen, wenn es ihm gelingt sich für Kommunen und Unternehmen durch Unterstützungsleistungen unentbehrlich zumachen. Er muss vielleicht hier und da Unternehmen und Bietergemeinschaften motivieren, sich an Ausschreibungen zu beteiligen und ihnen dabei hilfreich zur Seite stehen. Es kann in diesem Zusammenhang im Gegenzug für die Eröffnung von Optionen Gegenleistungen, etwa Zusagen über die Einstellung von älteren Arbeitnehmern im Erfolgsfalle erwarten.